



Fragekatalog Konsultation Beihilfen

In der Mitteilung der Europäischen Kommission („Konsultationspapier zu staatlichen Innovationsbeihilfen“) soll den Beteiligten die Gelegenheit gegeben werden, sich zu den geplanten Verbesserungen an den Vorschriften für staatliche Innovationsbeihilfen einschließlich gewisser Präzisierungen im Interesse der Rechtssicherheit, zu neuen Finanzierungsmöglichkeiten für Innovationsvorhaben, der Formulierung von Kriterien für eine effizientere Ausrichtung der Beihilfen sowie zur Rechtsvereinfachung zu äußern.

O₂ (Germany) GmbH & Co. OHG, nimmt zu den nachstehenden Fragen wie folgt Stellung.

Frage 1): Sind Sie der Ansicht, dass es nicht ratsam ist, eine eigene Rahmenregelung für Innovationsbeihilfen einzuführen und dass die neuen Fördermöglichkeiten auf ausgewählte innovationsbezogene Maßnahmen ausgerichtet werden sollten?

Eine mögliche Rahmenregelung für Innovationsbeihilfen muss der Differenzierung von Beihilfen hinreichend Rechnung tragen. Ein Fokus auf dedizierte innovationsbezogene Maßnahmen, die gezielt zum Abbau von Innovationshemmnissen und zur Schaffung günstiger Rahmenbedingungen beitragen, erscheint wünschenswert. Eine solche Rahmenregelung sollte in besonderem Maße die Fragen von Transparenz und Chancengleichheit berücksichtigen.

Frage 2): Hat die Kommission die Marktdefizite und Innovationshemmnisse im Anhang Ihrer Ansicht nach zutreffend beschrieben? Wenn ja, bitte begründen. Wenn nein, bitte begründen.

Die Marktdefizite und Innovationshemmnisse sind unseres Erachtens nur teilweise korrekt dargestellt.

Hier gibt es neben formalen Defiziten (z.B. werden unter Ziffer 5. sowohl mögliche Ursachen als auch die Wirkungen aufgezählt) auch zahlreiche Beispiele, die allenfalls unbedeutende Teilaspekte streifen (vgl. Ziffer 1.). Neben dem „nicht uneingeschränkt zustimmungsfähigen, Bestreben der Kommission zur Vereinheitlichung von Normen und Vorschriften (Gegenargument „Wettbewerb unterschiedlicher Systeme“) und dem auch kritisch zu beurteilenden Wunsch nach zentraler Steuerung (hier unter dem Begriff „politische Koordination“ Ziffer 4 zusammengefasst) sollte auch der einseitige Fokus auf KMU überprüft werden (Innovation ist nicht abhängig von der Unternehmensgröße).

Positiv anzumerken sind die Ausführungen zum Informationsdefizit des Innovationspotentials des Dienstleistungssektors. Ein verstärkter Fokus darauf und die Prüfung der Innovationsförderung dieses Bereiches erscheint im Hinblick auf die Bedeutung dieses Sektors dringend erforderlich.



Frage 3): Die in dieser Mitteilung beschriebenen Maßnahmen sehen Kriterien vor, nach denen staatliche Innovationsbeihilfen ex ante genehmigt würden. Halten Sie ein solches Vorgehen für angemessen?

Sofern mit diesem Vorgehen eine Vereinfachung und praktikablere Handhabung der Innovationsförderung und somit eine Verbesserung des Innovationsklimas in der EU erreicht wird, erscheint eine derartige Vorgehensweise angemessen.

Frage 4): Es wird um empirische Belege für die Angemessenheit staatlicher Beihilfen an Großunternehmen gebeten, insbesondere im Zusammenhang mit dem Ziel, in der EU Innovations-Cluster in der Nähe von Kompetenzzentren zu entwickeln. Sollte die Kommission Ihrer Ansicht nach Ex-ante-Vorschriften für die Vergabe von Innovationsbeihilfen an Großunternehmen einführen, oder sollte die Vergabe solcher Beihilfen einer strengeren Einzelfallprüfung auf der Grundlage einer Anmeldung bei der Kommission unterzogen werden? Wäre im Fall der Innovationsförderung (oder anderer staatlicher Förderung) eine Differenzierung der Großunternehmen angebracht? Wenn ja, nach welchen Kriterien und zu welchem Zweck?

Empirisch fundierte Belege für die Angemessenheit staatlicher Beihilfen für GUs sind nicht bekannt (allenfalls können anekdotische Hinweise geliefert werden). Im Hinblick auf eine Vereinfachung und praktikablere Handhabung (Reduzierung des übermäßigen Verwaltungsaufwandes zur Erlangung staatlicher Beihilfen) und um eine Diskriminierung zu vermeiden, sollten auch GUs von einer Förderung auf Basis von ex-ante Kriterien profitieren. Die Konzentration der Förderung auf bestimmte sog. Innovative Schlüsseltechnologien erscheint in diesem Fall sinnvoll, um "Gießkanneneffekte" zu vermeiden.

Frage 5): Es wird um empirische Belege für die Angemessenheit staatlicher Beihilfen für nicht-technologische Innovationen, insbesondere im Dienstleistungssektor, gebeten.

Empirisch fundierte Belege sind nicht bekannt. Hier sollte zumindest in einem ersten Schritt überlegt werden, auch Dienstleistungsunternehmen zu fördern, die auf Basis technologischer Innovationen neue, innovative Produkte/Services am Markt anbieten.

Frage 6): Sollten die Vorschriften für staatliche Innovationsbeihilfen Regionalzuschläge zu Kohäsionszwecken vorsehen? Sollte die Höhe dieser Zuschläge unabhängig von kohäsionspolitischen Erwägungen entsprechend der geographischen Lage der Region variieren?

Die Aspekte Kohäsion / Angleichung der Strukturen und Innovationsförderung sollten differenziert betrachtet werden. Ein Zuschlag aufgrund kohäsionspolitischer Erwägungen wird insofern abgelehnt.

O₂ ist daher der Auffassung, dass die regionale Dimension der Förderung durchaus unabhängig von kohäsionspolitischen Aspekten gesehen werden kann. So ist beispielsweise die Frage der „digitalen Kluft“ nicht nur im Verhältnis Stadt-Land, sondern beispielsweise auch im Verhältnis unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen zueinander zu betrachten.



Eine mögliche regionale Dimension der Förderung darf keinesfalls zu wettbewerbsverzerrenden Ergebnissen führen.

Frage 7): Sind bestimmte Beihilfeformen für bestimmte Situationen und Innovationsaktivitäten besser geeignet (z. B. Steuervergünstigungen, besicherte Darlehen, rückzahlbare Vorschüsse)?

Hier erscheint ein differenzierter Einsatz des Beihilfeinstrumentariums z.B. im Hinblick auf Größe des Unternehmens und Marktphase sinnvoll. Grundsätzlich sollte das Instrument der Steuervergünstigung aufgrund der unterschiedlichen Steuersätze und – systeme in der EU aufgrund der damit verbundenen Verzerrung der Förderung vermieden werden.

Als Beispiel einer europaweiten Verzerrung des Wettbewerbs durch Beihilfen sei die Versteigerung der UMTS – Lizenzen im Jahre 2002 zu nennen. Dabei wurde in Deutschland eine offene Versteigerung durchgeführt, während die Lizenzen z.B. in Spanien lediglich zu Verwaltungskosten angeboten wurden.

Sinnvoll erscheinen dagegen insbesondere Fördermaßnahmen, mit denen im Erfolgsfall auch eine Partizipation an der, aufgrund der Innovation, erzielten Wertentwicklung des Unternehmens möglich ist. Eine angemessene Beteiligung an den Erfolgen sollte sichergestellt sein, damit die mit Hilfe der Förderung erzielten Wertzuwächse nicht einfach privatisiert werden, während die Fehlschläge und Risiken von der Allgemeinheit getragen werden.

Frage 8): Sind Sie einverstanden mit den vorgeschlagenen Kriterien zur Definition neuer innovativer Unternehmen, dem Verzicht auf eine Definition der förderfähigen Kosten, den Beihilfebeträgen sowie den Kumulierungsvorschriften? Halten Sie für High-Tech-Sektoren wie der Biotechnologie und der Pharmazie mit einer langen Entwicklungszeit bis zur Marktreife andere Förderkriterien für angebracht?

Der Fokus auf KMU und das Kriterium der Anzahl der Beschäftigten ist zu überdenken. Hier sollte darauf geachtet werden, dass ein (personalintensives) Unternehmen nicht in einer späteren Entwicklungsphase aus der Förderung fällt. Auch das Problem des Outsourcing wichtiger Dienstleistungen (ggf. sogar Teile der F & E) muss bei der Verwendung dieses Kriteriums berücksichtigt werden.

Der Nachweis der technologischen Neuheit / Verbesserung erscheint als eindeutiges ex-ante Kriterium fraglich, insbesondere auch im Hinblick auf den zu führenden Nachweis und die damit verbundene Offenlegung der Innovation (Schutzfähigkeit).

Die Höhe der genannten Beihilfebeträge (max. 1 Mio. € innerhalb von 3 Jahren dürfte im Hinblick auf eine kapitalintensive Technologieförderung unzureichend sein. Die Maximalbeträge sind signifikant anzuheben, ggf. gestaffelt nach Kriterien (Unternehmensgröße, sog. Schlüsseltechnologien etc). Auch das Kriterium der F & E Ausgaben ist entsprechend zu präzisieren (nur Ausgaben in der P & L oder auch Investitionen ?). Ein Kumulierungsverbot, gerade auch für start ups, für Fördermaßnahmen etc. erscheint nicht ziel führend.



Der indizierte Förder-Zeitraum von 5 Jahren sollte auch für Biotech ausreichen, um in diesem Zeitraum nachzuweisen, dass die Entwicklung eine Marktchance besitzt und attraktiv, auch für alternative Kapitalgeber, ist.

Die Befreiung von Sozialversicherungsbeiträgen und sonstigen Kommunalsteuern sollte auch im Hinblick auf die unterschiedlichen Steuer- und Sozialsysteme innerhalb der EU nicht angewandt werden, um Verzerrungen zu vermeiden.

Frage 9): Es wird über die vorgeschlagene Regelung hinaus um empirische Belege dafür gebeten, dass staatliche Beihilfen

- i) für Unternehmensneugründungen unabhängig vom Innovationskriterium sowie*
- ii) für länger als [5] Jahre bestehende innovative KMU erforderlich sind.*

Empirisch fundierte Belege sind hierzu nicht bekannt.

Frage 10): Sind Ihrer Ansicht nach abgesehen von Risikokapital andere Formen staatlicher Förderung nötig, um die Expansion europäischer KMU über die Anlaufphase hinaus zu ermöglichen? Wenn ja, welche?

Es könnte gegebenenfalls sinnvoll sein, durch den Aufbau einer entsprechenden unterstützenden Infrastruktur und Dienstleistungen (Netzwerke, betriebswirtschaftliche Beratung/Innovationsmittler etc.) entsprechende Unterstützung bereit zu stellen.

Frage 11): Werden diese Bestimmungen Ihrer Ansicht nach die erhoffte Wirkung zeigen und KMU dazu ermutigen, innovative Produkte auf den Markt zu bringen? Wenn nicht, welche Änderungen schlagen Sie vor?

Eine Ausweitung der förderfähigen Tätigkeiten auf die genannten Ansätze erscheint als begleitende Maßnahme durchaus denkbar

Frage 12): Gibt es überzeugende Argumente dafür, dass diese Bestimmungen auch für Großunternehmen gelten sollten? Sollte die Vergabe größerer Beihilfebeträge an einzelne Unternehmen oder Sektoren anmeldepflichtig sein? Wenn ja, ab welchem Betrag? Welche Belege sollte die Kommission in diesem Fall verlangen?

Innovation beschränkt sich nicht nur auf KMUs. Um hier eine Diskriminierung zu vermeiden sollten auch GUs gefördert werden. Eine Anmeldepflicht sollte erst ab nennenswerten, größeren Beträgen eingeführt werden (z.B. 5 Mio. EUR).



Frage 13): Was halten Sie von einer speziellen Unterstützung für Innovationsmittler, die fusionieren oder ein Joint Venture errichten, um bei einer speziellen Technologie eine kritische Masse zu erreichen? Sollten in diesem Fall Investitionsbeihilfen zulässig sein? Wenn ja, unter welchen Bedingungen? Welche anderen Maßnahmen kämen in Betracht?

Eine derartige direkte Förderung für diesen speziellen Sachverhalt erscheint im Hinblick auf das Missbrauchsrisiko nicht sinnvoll.

Die Finanzierung von Mittlern sollte sich durch Angebot und Nachfrage ergeben, nicht durch öffentliche Förderung.

Frage 14): Gibt es überzeugende Argumente dafür, dass KMU für die Einstellung anderer Kategorien hochqualifizierter Mitarbeiter auch staatliche Förderung erhalten sollten?

Im Hinblick auf eine Verbesserung des Management - know – hows in allen Bereichen und der damit verbundenen Erhöhung der Überlebensfähigkeit der KMUs erscheint eine derartige Förderung sinnvoll.

Die Förderung sollte jedoch grundsätzlich projektbezogen sein und sich nicht auf dedizierte Personal- und Sachkosten beziehen.

Frage 15): Soll die Kommission besondere Vorschriften für den Fall vorsehen, dass sich ein Forscher entschließt, nicht zu seiner Heimatuniversität zurückzukehren bzw. die Universität nicht mehr die Absicht hat, den Forscher wieder zurückzuholen?

Zu dieser speziellen Frage kann keine Stellungnahme abgegeben werden.

Frage 16): Welcher Definition sollte bei Aktivitäten im Zusammenhang mit Clustern bzw Clusterbildung gefolgt werden und nach welchen Kriterien sollten Cluster von der breiter gefassten Kategorie der Innovationsmittler unterschieden werden?

Zu dieser speziellen Frage kann keine Stellungnahme abgegeben werden.

Frage 17): Sollten europäische Kompetenzzentren Ihrer Ansicht nach staatlich gefördert werden können? Wenn ja, aus welchen Gründen, mit welcher Art von Förderung und unter welchen Bedingungen? Welche anderen u. U. besseren Maßnahmen kämen in Betracht?

Zu dieser speziellen Frage kann keine Stellungnahme abgegeben werden.



Frage 18): Bedarf es zusätzlicher Kriterien, um eine staatliche Förderung nach dem Gießkannenprinzip zu verhindern und eine Konzentration von Fördermitteln auf eine begrenzte Anzahl von Kompetenzzentren zu erreichen?

Zu dieser speziellen Frage kann keine Stellungnahme abgegeben werden.

Frage 19): Was halten Sie allgemein von der Notwendigkeit, zusätzliche Vorschriften für innovationsfördernde Infrastrukturleistungen (z. B. in den Bereichen Energie, Verkehr usw.) einzuführen?

Zu dieser speziellen Frage kann keine Stellungnahme abgegeben werden.

Frage 20): Sollten Großunternehmen Ihrer Ansicht nach staatliche Förderung beispielsweise für die Errichtung von Forschungseinrichtungen in einem europäischen Kompetenzzentrum in Anspruch nehmen können? Sollte die Kommission für die Kontrolle solcher Beihilfen eigene Kriterien entwickeln? Welche Wirtschaftsdaten sollten für die Erforderlichkeitsprüfung verlangt werden?

Innovation beschränkt sich nicht nur auf KMUs. Eine Ungleichbehandlung kann vermieden werden, indem auch GUs gefördert werden.